

**Antrag**

Fraktion der FDP

Hannover, den 08.09.2015

**Für eine klare wirklichkeitsnahe Ausrichtung der niedersächsischen Agrarpolitik**

Der Landtag wolle beschließen:

## Entschließung

Die Erzeugerpreise für Milch sind in jüngster Zeit auf oft deutlich unter 30 Cent pro Kilogramm gefallen. Sauenhalter bekommen teilweise nur noch 30 Euro pro Ferkel. So wie in diesen Bereichen sind die Preise aller landwirtschaftlichen Produkte gesunken. Die damit verbundenen Erlöse sind für Landwirte derzeit längst nicht kostendeckend. Diese Gesamtsituation stellt viele landwirtschaftliche Betriebe vor existenzielle Probleme, weil sie notwendige Investitionen in den Betrieben nicht finanzieren können. Sie ist Folge von Absatzrückgängen an den internationalen Märkten, insbesondere der Nachfrageschwäche im Handel mit China. Verschärft wurde das Überangebot an den Märkten durch politische Eingriffe. Das EU-Wirtschaftsembargo gegen Russland hat sich nach Berechnungen von Experten am Milchmarkt mit bis zu 4 Cent pro Kilogramm negativ ausgewirkt. Die Einbrüche an den Fleischmärkten nehmen ähnliche Dimensionen an.

Von der Landespolitik geht derzeit keine Unterstützung der wirtschaftenden Betriebe in Niedersachsen aus. Das Agrarinvestitionsförderungsprogramm wurde von durchschnittlich 40 Millionen Euro in den Vorjahren auf 10 Millionen Euro im Jahr 2014 gesenkt. Die Anzahl der Anträge ging von bis zu 1 000 auf 69 zurück. Es ist ein weitgehender Investitionsstau eingetreten. Während der Landwirtschaftsminister staatlichen Mengenregulierungen das Wort redet, kritisiert der Ministerpräsident die politischen Eingriffe in die Märkte. Eine einheitliche Linie ist nicht erkennbar.

Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. sich für die Stärkung der internationalen Absatzmärkte einzusetzen,
2. sich für die Vermeidung von politisch motivierten Eingriffen in die Märkte einzusetzen,
3. Zukunftsinvestitionen zur Verwirklichung von mehr Tierwohl wieder verstärkt zu fördern,
4. die bestehenden Betriebsstrukturen in Niedersachsen anzuerkennen und konstruktiv fortzuentwickeln,
5. staatlichen Mengenregulierungen am Milchmarkt eine klare Absage zu erteilen,
6. die ständig wiederkehrenden Anprangerungen der Landwirtschaft zu unterlassen, die Bauernfamilien als diffamierend, ehrabschneidend und verletzend empfinden.

## Begründung

Die uneinheitliche Linie der Landesregierung war in den Reaktionen auf die aktuellen Geschehnisse am Milchmarkt zu beobachten. Landwirtschaftsminister Meyer tritt laut einer Pressemitteilung des ML vom 31.08.2015 ein für „eine konzertierte europaweite Aktion, um die Milchmenge zu drosseln.“ Weiterhin vertritt der Minister die Auffassung, eine schnelle Mengenreduzierung sei allein schon möglich „durch eine veränderte Fütterung, indem man die Kraftfuttergabe reduziert.“ Ministerpräsident Weil macht dagegen laut der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 02.09.2015 „das EU-Embargo gegen Russland für fallende Preise verantwortlich.“ Weiterhin wird er mit folgender Aussage zitiert: „Der Milchpreis ist derzeit 3 bis 4 Cent niedriger, weil der russische Markt dicht ist.“

Christian Grascha  
Parlamentarischer Geschäftsführer